

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Nummer 2 Pf. - Abonnement: monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1.50 RM., jährlich 5.00 RM. (postfrei). Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Telefon 10. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Telefon 10. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißner, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 158 — 94. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Mittwoch, den 10. Juli 1935

Klarheit in der Studentenschaft.

Der Leiter der Reichsenschaft der Studierenden an den deutschen Hochschulen, Andreas Freyler, nimmt in einem Artikel Stellung zu den Vorlesungen bei dem Heidelberger Corps Sazo-Borussia, zu dem Erlass des Reichsjugendführers und den Bestimmungen des Reichsamtsleiters des NSD-Studentenbundes, Reichsweiser. Wir geben den Artikel im folgenden auszugsweise wieder:

Der Fall des Heidelberger Corps Sazo-Borussia, den wir nicht im geringsten beabsichtigen auf das Korporationsstudententum zu verallgemeinern, zeigt als Beispiel den Auswuchs und die Überspannung einer Erziehungsform, die in ihrer Grundlage heute noch wesentliche Teile des Corpsstudententums beherrscht. Neben dem unwürdigen Verhalten und neben allen anderen Dingen geht aus dem Spruch des Heidelberger Senats die interessante Mitteilung hervor, daß zwei Studenten überhaupt kein Abitur hatten, und wir kommen damit auf einen der Kernpunkte der Gesamtfragen, die ohne weiteres im verallgemeinernden Rahmen des gesamten Korporationsstudententums aufgegriffen werden muß. Es ist ja nicht irgendein Corps, was hier verboten wurde, sondern eines der „vornehmsten“ Corps des Rösener EG. Wir sind davon unterrichtet, daß die Mitglieder dieses Corps eigentlich im üblichen Sinne keine Studenten waren und sind, sondern lediglich über eine bestimmte Zeit hinweg, da es in ihren Kreisen zum Vornehmen Ton gehörte, diesem Corps beizutreten. Es gibt noch andere „vornehme“ erlittene Corps im Rahmen des Rösener EG. Wie sind die Verhältnisse dort? Kann man dort aus rein gesellschaftlichen Gesichtspunkten, ohne daß die Voraussetzungen für ein Studium erfüllt sind, Mitglied werden und vor allem wer? Andersfalls scheint uns, daß hier in streng abgeschlossenen Formen die unbändige Gefahr einer Geheimbündelpolitik ausbricht, die in ihrer Konsequenz zum Abwenden von Volksgemeinschaft und Staat führen muß.

Greifen wir zur Beleuchtung einige wesentliche Punkte heraus. Worum geht es bei der Erziehung der Studentenschaft? Es geht darum, einen akademischen Führernachwuchs zu erziehen, der sozialistisch ist durch und durch und unter allen Umständen die Ausprägung neuer Klassenbeziehungen zwischen der geistigen und handarbeitenden Schicht des deutschen Volkes für immer und ewig verhindert. Das ist die tiefste Verantwortung, die jeder Studentenschaftsmitglied neben einer vorzüglichen geistigen Ausbildung zugrunde liegt. Die höchsten Erziehungsstätten des Reiches in ihren studentenschaftlichen Erziehungsanstalten dürfen daher nicht „auch“ nationalsozialistisch sein und im übrigen eine gesellschaftliche und akademische Erziehung treiben, sondern sie müssen ebenso wie jede andere Gliederung der NSDAP durch und durch nationalsozialistisch sein und dürfen dann „auch“ eine gesellschaftliche Erziehung treiben.

Wir haben grundsätzlich nichts gegen das Korporationsstudententum und nichts gegen Korporationsstudenten. Wir haben immer wieder den Versuch gemacht, die Korporationsstudentenschaft in ihrer Organisation in die moderne kleine Tagesarbeit der Deutschen Studentenschaft, wie Landdienst, Fachschaftsarbeit, Auslandsarbeit usw., einzubauen, was uns, wie wir jetzt feststellen müssen, nicht gelungen ist. Die Beteiligung des Korporationsstudententums am studentischen Landdienst z. B., einer der neu aufgetauchten dringlichsten Arbeitsformen der Studentenschaft, in der sich Tausende von Studenten befinden, ist so gut wie gar nicht vorhanden. Wir freiten dem Korporationsstudententum seine historischen Verdienste nicht ab, es hat sehr große geleistet, aber es ist stehengeblieben, und wer nicht weitermarschiert, der bleibt zurück. Wir haben ein paar Male die Hand geboten, man hat nicht eingeschlagen. Man hat nie den Mut gehabt, neu anzufangen, sondern jeden Angriff um der eigenen Ruhe wegen abgelehnt. Das Alte ist erhalten und stehengeblieben.

Von Seiten des Nationalsozialismus muß festgestellt werden, daß die besten jungen nationalsozialistischen Kräfte sich an dieser Korporationsfrage nahezu aufgegeben haben. Der Nationalsozialismus hat lange zugehört, er wird klare Entscheidungen treffen müssen. Dabei kann festgestellt werden, daß im Herbst vorigen Jahres, als die Auseinandersetzungen über die Frage der Kameradschafts-erziehung stattfanden, grundsätzlich zwischen einem großen Teil der Führer der studentischen Verbände und der Deutschen Studentenschaft über die Frage des zukünftigen Erziehungsweges Einigkeit vorhanden war. Gehehrt ist eine Neuordnung dann im wesentlichen an der Haltung des Rösener Corps und letzten Endes an der des jetzigen Führers der Gemeinschaft studentischer Verbände. Was erfolgte nach jenen Auseinandersetzungen? Die Gründung der Gemeinschaft studentischer Verbände. Der Kampf der Verbände unter sich. Der Eintritt der Parteischenschaft in die Gemeinschaft. Vereinbarungen mit der Partei. Auseinandersetzungen in der Gemeinschaft selbst. Und so verging ein Jahr korpo-

Der italienisch-abessinische Schlichtungsausschuß aufgefliegen.

Die Gründe für die Vertagung des Schlichtungsausschusses.

Auf Grund von Mitteilungen von gut unterrichteter Seite über die Vorgänge im Scheveninger Schlichtungsausschuß bestätigt es sich, daß das Plaidoyer des Vertreters der abessinischen Regierung, Professor Jéze Paris, deshalb abgebrochen werden mußte, weil die Italiener dagegen Verwahrung einlegten, daß Professor Jéze von der Voraussetzung ausging, daß Aualal abessinisches Gebiet sei. Die italienischen Regierungsvertreter setzten sich zur Klärung des Zwischenfalls mit ihrer Regierung in Verbindung und erhielten darauf die entscheidende Weisung, keinesfalls eine Aussprache über Grenzfragen, namentlich über Aualal, zuzulassen, da diese Fragen nach italienischer Auffassung nicht der Zuständigkeit der Schlichtungskommission unterlägen. Angesichts dieser Haltung der italienischen Regierung kam es innerhalb des Schlichtungsausschusses zu ersten Meinungsverschiedenheiten, zumal die beiden von Abessinien ernannten Mitglieder die Auffassung vertraten, daß man auf diese Weise die Annäherung der Parteien in der Vertretung ihres Rechtsstandpunktes zu starken Beschränkungen aussetze. Zum mindesten müsse dem Aualal Abessinien Gelegenheit gegeben werden, die These seiner Regierung zu entwickeln.

Amtlicher italienischer Kommentar.

Rom, 10. Juli. Zu der Unterbrechung der Beratungen des italienisch-abessinischen Schlichtungsausschusses in Scheveningen wird von der Agenzia Stefani am Dienstag Abend folgender amtlicher italienischer Kommentar verbreitet:

Die Unterbrechung der Arbeiten des Ausschusses, die sich ohne weiteres aus der amtlichen Verlautbarung über seine heutige Sitzung ergibt, ist im wesentlichen durch zwei Faktoren bestimmt worden: 1. durch den Umstand, daß die Vertreter Abessinien im Schlichtungsausschuß die Einzelheiten des Kompromisses nicht kennen oder behaupten nicht zu kennen, das zwischen der italienischen und der abessinischen Regierung am 15. und 16. Mai d. J. zu Stande kam und auf Grund dessen die Ernennung der Schlichter erfolgt ist; 2. durch die Forderung der abessinischen Vertretung, vor dem Ausschuss auch die Grenzfragen behandeln zu lassen, die durch die Bestimmungen des Kompromisses ausdrücklich ausgeschlossen worden sind und die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Grenzfestlegung gehören, wie er durch den italienisch-abessinischen Vertrag vom Jahre 1908 vorgegeben wurde.

Diese beiden Faktoren, so heißt es in dem amtlichen italienischen Kommentar weiter, zeigen auf abessinischer Seite den bewährten Willen, die Arbeiten des Schlichtungsausschusses zu sabotieren. Bei der jetzigen Sachlage sind tatsächlich die von der italienischen Regierung gelieferten Beweise für den abessinischen Angriff bei Aualal zu erdrückend, daß die abessinische Regierung offenbar kein Interesse daran hat, daß die Arbeiten des Ausschusses weitergehen, da sie mit aller Wahrscheinlichkeit zu der Verurteilung Abessinien geführt hätten. Von den abessinischen Schlichtern sind nicht einmal die entgegenkommenden Vorschläge Italiens angenommen worden, die dahin gingen, entweder den strittigen Punkt zurückzustellen und die Verhandlungen zur Feststellung der Verantwortlichkeiten fortzusetzen oder aber die Arbeiten des Ausschusses bis zum 20. Juli zu vertagen, um so den Regierungen die Möglichkeit zu geben, die Meinungsverschiedenheit zu beseitigen.

Keine Einberufung des Völkerbundesrates.

Aus Paris wird berichtet, daß sich die französische Regierung noch immer für eine friedliche Regelung des italienisch-abessinischen Streites einsetzt und bereit ist, sich an jedem Vorgehen zu beteiligen, das geeignet erscheint, eine Verständigung herbeizuführen. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß als Ergebnis der Besprechungen zwischen Laval und dem britischen Vorkämmerer in Paris eine Annäherung der Ansichten Frankreichs und Großbritanniens eingetreten sei. Es sei eine Entspannung eingetreten, wie dies auch eine hohe französische Persönlichkeit erklärt habe. Andererseits habe man in wohlunterrichteten Kreisen die Meldung, daß Großbritannien eine Sonderung des Völkerbundesrates zum 25. Juli einberufen wolle, als unnütziges Geschwätz erklärt. Es sei bereits festgestellt, daß für den Fall, daß sich der Versöhnungsausschuß bis zum 25. Juli nicht einigen könne, der Völkerbundsrat automatisch zusammentreten werde, um die Lage zu erwägen.

Völkerbundsminister Eden erklärte im englischen Unterhaus, daß alle möglichen Mittel zur Förderung einer Beilegung des Streites von der britischen Regierung erwogen werden würden.

Auf eine Anfrage, wie weit die Verhandlungen über eine Konzeption für einen Staudamm am Tsana-See gehen seien, erwiderte Eden: „Die englische Regierung ist sich der Interessen Ägyptens und des Sudans im oberen Nil-Becken vollkommen bewußt. Diese Interessen sind jedoch in der Vergangenheit sowohl von der abessinischen Regierung als auch von den Regierungen Frankreichs und Italiens anerkannt worden. Die englische Regierung zieht es aber daher vor, einen geeigneteren Augenblick abzuwarten, bevor sie diesen Plan vorwärts treibt.“

Abdis Abeba meldet: Italienische Truppen gegen Abessinien im Vormarsch.

Massenaufmarsch von Vieh und Getreide. Ägypten sichert die Grenze.

Nachdem nun auch, wie von vornherein nicht anders zu erwarten war, die italienisch-abessinische „Verständigungskonferenz“ in Scheveningen aufgefliegen ist, oder wie man es so schön formuliert „sich auf unbestimmte Zeit vertagt“ hat, ist mit dem baldigen Ausbruch der Feindseligkeiten in Ostafrika zu rechnen.

Nach Meldungen des abessinischen Hauptquartiers befinden sich in Eritrea und Somaliland sehr starke italienische Streitkräfte gegen die abessinische Grenze im Vormarsch. Außerdem sollen längs der Grenze bereits starke Konzentrationen von Flugzeugen und Tanks festgestellt worden sein. Auch die abessinische Regierung hat nach Erklärungen von maßgebender Seite nunmehr auch im Interesse der Landesverteidigung Streitkräfte nach dem Grenzgebiet in Marsch gesetzt. Die Stimmung am abessinischen Kaiserhof und im Hauptquartier der abessinischen Armee ist zuversichtlich. Von abessinischen Seeräubern wird erklärt, das abessinische Volk sei kampfbereit.

Die ägyptische Regierung hat an die sudanesisch-eritreische Grenze Truppenverhärkungen entsandt, da zahlreiche ägyptische Arbeiter trotz Verbots der Kairoer Regierung über die Grenze gehen und am Bau strategischer Straßen in Eritrea mithelfen. Die hohen Vöhr die die italienischen Militärbehörden zählen, loden an. In

lasse dieser Jugend endlich freie Bahn. Bis jetzt hat man uns von den führenden Stellen der Arbeiterenschaft immer nur abgewehrt, immer nur mit allen politischen Machtmitteln niedergehalten, ohne uns von dort aus zu sagen, was sie eigentlich will. Was will die jetzige Führung der Gemeinschaft studentischer Verbände? Wo ist ihr konstruktives nationalsozialistisches Erziehungsprogramm? Wie sieht sie die Hochschule, was erwartet sie von ihr? Die bisherige programmatische Veröffentlichung des Rösener EG über all diese Fragen ist wegen unnationalsozialistischer Haltung wieder zurückgenommen worden. Das ist die Situation. Wir verlangen produktive nationalsozialistische Vorschläge und praktischen Einsatz, den wir seit dem Bestehen der Gemeinschaft studentischer Verbände von dieser nicht erlebt haben, sonst haben wir das Recht, sie als eine rein machtpolitische Organisation zur Wahrung korporationspolitischer Interessen anzusehen, die nicht die Interessen des Nationalsozialismus sind.